

Noch herrscht Flaute bei den Windrädern

Regelungslücken und Versäumnisse der Behörden gefährden den Zukunftsbereich

© Thomas Dincă/Mediafax Foto



Dass Rumänien oft gute Ansätze hat, ist kein Geheimnis. Ebensowenig wie die Tatsache, dass viele der guten Ansätze eben im Ansatzstadium bleiben und nicht erfolgreich vollständig umgesetzt werden.

Dasselbe Schicksal droht nun einem wichtigen Zukunftsbereich, jenem der erneuerbaren Energien. Gerade in einer Zeit, in der Alternativen zur gefährlichen Quellen wie der Atomkraft oder zu umweltbelastenden Technologien wie den Kohlekraftwerken besonders aktuell sind, riskiert Rumänien – ein Land mit riesigem Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energien – den Start redlich zu vermasseln.

Zurzeit entsteht unter Hochdruck Europas größter On-Shore-Windpark, im ostrumänischen Ort mit dem liebevoll klingenden Namen Fântânele (frei auf Deutsch etwa „Kleinbrunn“). Für über 1,1 Milliarden Euro lässt der tschechische Energiekonzern CEZ 240 Windräder aufstellen, die insgesamt etwa 600 Megawatt leisten sollen. So viel wie einer der beiden funktionierenden Reaktoren im nicht weit entfernten Cernavodă.

Wind ist dabei nicht die einzige erneuerbare Quelle, die Rumänien anzapfen kann. Das Land ist mit erneuerbare Energiequellen geradezu gesegnet. Hier stehen Windkraft, Solar, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie zur Verfügung. Wind könnte 17 Prozent des Bedarfs decken, Solarkraft 12 Prozent. Dabei kann Rumänien mithilfe europäischer Richtlinien eine Pionierrolle in der EU einnehmen. Zwar sind Windräder in anderen EU-Ländern schon seit

Noch stehen die Windräder still. Bürokratie bremst die Entwicklung eines ganzen Wirtschaftszweiges.

mehreren Jahren im Einsatz, doch nirgendwo ist auch der Ehrgeiz so groß wie in Rumänien.

Die europäische Richtlinie mit dem Aktenzeichen 2009/28/EG setzt für jedes EU-Land nationale Ziele fest bezüglich des Gesamtanteils erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch. Für Rumänien ist dabei ein Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoenergieverbrauch von 24 Prozent für das Jahr 2020 vorgesehen. Das wollte der EU-Neuling toppen und setzte sich eigene Ziele, die über den europäischen Richtlinien hinaus gehen. So soll noch in diesem Jahr der Anteil erneuerbarer Energien 33 Prozent erreichen. In fünf Jahren ist dann ein Anteil von 35 Prozent und in zehn Jahren schließlich ein Anteil von 38 Prozent vorgesehen.

Derzeit bremsen aber Regelungs-lücken im Bereich des Förderungsverfahrens und bürokratische Hürden zur Einholung der erforderlichen Unterlagen wie z.B. Genehmigungen, Lizenzen für die Erzeugung von erneuerbaren Energien die zügige Entwicklung dieses Wirtschaftszweigs, weiß Dr. Gisbert Stalfort von der gleichnamigen Anwaltskanzlei in Bukarest zu berichten. Er referierte Anfang dieses Jahres gemeinsam mit dem rumänischen Landwirtschaftsminister bei einer Veranstaltung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche vor zahlreichen interessierten Zuhörern im Berliner Congress Center zu diesem Thema und weiß deshalb bestens, wo es in der Gesetzgebung im Bereich der erneuerbaren Energien derzeit noch hapert. Allein für ein Wind-Energieprojekt sind rund 80 bürokratische Schritte notwendig, das lässt die auf bis zu 12 Monate anschwellen. Obwohl der rechtliche Rahmen für weitere Förderungen nach Beginn der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen weitgehend steht, kann dieser aber kaum angewendet werden, weil beispielsweise die Anwendungsrichtlinien für das Gesetz 220/2008 bis heute nicht verabschiedet wurden. Diese Bestimmungen soll nämlich genau das regeln, was der Markt für erneuerbare Energiequellen derzeit am dringendsten braucht: Die

staatliche Förderung. Die Zustimmung durch die EU-Kommission für mehrere Regierungsbeschlüsse, die zum Teil noch aus den Jahren vor dem EU-Beitritt Rumäniens stammen, steht noch aus. Derzeit prüft Brüssel das Gesetz 220/2008 und einen Termin für das OK steht nicht fest. Allerdings dürfte es manchen Energieerzeuger freuen, dass die Europäische Kommission das besagte Regelwerk noch mal unter die Lupe genommen hat. Für Windenergie gibt es auf Drängen der Kommission nicht mehr nur ein sondern gleich zwei grüne Zertifikate je MWh.

Politisches Geschick und Lobby ist

„Lobby ist notwendig, um Änderungen verschiedener Gesetze in diesem Bereich durchzusetzen.“

hierbei vonnöten, so Stalfort, denn es ist kein Leichtes, die Legislative von der Notwendigkeit der Änderung verschiedener Gesetze in diesem Bereich zu überzeugen. Auf dem Spiel stehen nämlich Milliarden. Denn die Europäische Kommission hat das Potenzial des Landes erkannt und so stehen bereits für Anfangsinvestitionen EU-Mittel in Höhe von ca. 20 Milliarden Euro bis 2013 zur Verfügung. Abgerufen werden können der Kohäsionsfonds, der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung und der Europäische Sozialfonds. Weitere 8,5 Milliarden Euro können aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung, aus dem Europäischen Fischereifonds für Tätigkeiten im Bereich Landwirtschaft/Fischerei abgerufen werden.

Schließlich beteiligt sich auch Rumänien mit rund 82 Millionen Euro bis 2011.

Allerdings müssen gewisse Bedingungen erfüllt werden, um Zugriff auf diese großzügigen Hilfen zu erhalten. Ziel ist es, nicht die Erzeugung von erneuerbaren Energiequellen zu fördern, sondern die Verwertung der so gewonnenen Energie. Hauptsache, die dafür angezapften EU-Mittel fließen nicht in die Förderung landwirtschaftlicher Tätigkeiten, denn diese Doppelförderung will die EU natürlich unterbinden. Maßgeblich ist dabei die Einspeisung der erzeugten Energie in das Nationale Verbundnetz. Und bei Biomasse müssen die Agrarrohstoffe für die Energieerzeugung von Dritten erworben werden.

Erzeuger werden durch die derzeit geltende Quotenregelung unterstützt. Bis 2012 müssen Energieversorger 8,3 Prozent Strom aus erneuerbaren Energiequellen beziehen. Bis 2014 steigt dieser Pflichtanteil auf 10 Prozent und bis 2016 auf 12 Prozent. Als Nachweis der Beachtung dieser Pflicht gelten sogenannte „grüne Zertifikate“. Diese werden pro Megawattstunde des in das von Transelectrica betriebene Netz eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen vergeben. Laut Gesetz zur Förderung der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen (220/2008) gibt es für Strom aus Biomasse drei und für Solarenergie sogar vier Zertifikate. Auch hier wird bereits über Änderungen spekuliert: Für Solarenergie sollen künftig fünf oder gar sechs Zertifikate fällig sein. Derzeit ist der Handel mit solchen Zertifikaten reguliert, so lässt sich nicht mit dem Einspeisen von Bio-Strom sondern auch aus dem Handel mit grünen Zertifikaten Geld verdienen. Für den Zeitraum bis 2014 hat die EU die Preise für grüne Zertifikate zwischen 27 und 55 Euro festgelegt. Wegen der hohen Nachfrage werden die Zertifikate in der Regel zum Höchstpreis gehandelt. Allerdings bremst eine zu kompliziert gestaltete Gesetzgebung und das Fehlen von Anwendungsrichtlinien die Entwicklung des Wirtschaftszweiges erheblich, warnt Dr. Stalfort.